



Gruppentherapie für Menschen mit Depressionen.

IMAGO IMAGES

Doppeltes Leid

Immer mehr Menschen können wegen psychischer Probleme nicht arbeiten. Sich gegen Berufsunfähigkeit zu versichern, wird empfohlen, ist aber teuer – und nach einer Therapie so gut wie ausgeschlossen / Von Jan Christoph Freybott

Der Entschluss, sich Hilfe zu holen, markiert für viele Menschen mit psychischen Problemen das Ende eines langen Weges. Einer Phase des Haderns und des Zweifelns. Brauche ich wirklich Unterstützung? Oder schaffe ich es alleine, nehme wo möglich den Therapieplatz jemand anderem weg, der ihn dringender braucht? Eva fasste ihren Entschluss im Winter 2014. Die heute 32-Jährige beginnt eine Therapie, die vier Jahre dauern wird. „Es gab einige Dinge, die ich bereits seit Jahren mit mir herumtrug“, sagt Eva, die in Wirklichkeit anders heißt.

Die Studentin aus dem Süden Niedersachsens ist Teil einer Entwicklung, die sich in der Corona-Pandemie radikal beschleunigt hat: Immer mehr Menschen haben mit psychischen Problemen zu kämpfen. Ein pausiertes Sozialleben, geschlossene Unis und Schulen befeuert die Einsamkeit. Frauen, Kinder und Jugend-

liche sind besonders betroffen, wie Umfragen zeigen.

Was Eva nicht ahnte, als sie sich lange vor der Pandemie zur Therapie entschloss: Der Schritt wird ihre soziale Absicherung zum Schlechten verändern. Denn Menschen, die eine Psychotherapie hinter sich haben, kommen in der Folge nur noch schwer zu einer Berufsunfähigkeitsversicherung (BU). Sie aber ist essenziell, wenn man sichergehen will, dass man im späteren Fall von Krankheit finanziell abgesichert ist. Über den Sinn vieler Versicherungen wird gestritten – doch bei der Berufsunfähigkeitsversicherung sind sich Verbraucherschützer:innen einig: Die sollte man haben.

Für Eva kam der Schock im vergangenen Jahr, drei Jahre nach Ende ihrer Therapie. Ein Nachbar habe sie auf das Thema BU aufmerksam gemacht. Als Frau sei das Thema Armut für sie ohnehin drängender, dachte sie. Und stellte mit einem Berater eine anonyme Risikovorfrage. Auf den Tisch kommt dann alles: von Arztbesuchen über das Rauchverhalten bis zu riskanten Hobbys wie Paragliden. Neben der vierjährigen Therapie musste sie auch Probleme mit Nacken und Knie angeben. Das Ergebnis: Kein Anbieter wollte sie versichern.

Blick auf Krankengeschichte der vergangenen Jahre

Eine BU springt ein, wenn Erwerbstätige ihren Beruf aus gesundheitlichen Gründen zu mindestens 50 Prozent nicht mehr ausüben können. Sie schützt dann ihre Existenz. Der Haken: Wer eine BU bekommt und zu welchem Preis, entscheiden die Versicherer. Und auf psychische Probleme sind die schlecht zu sprechen.

„Wenn jemand zwei oder drei Jahre in Therapie war, ist die Ab-

kehrung so gut wie sicher“, sagt André Salau vom Bundesverband der Versicherungsberater. Allerdings komme es immer auf den Einzelfall an.

Die Alternative für Abgelehnte lautet: warten. Denn die meisten Versicherungen fragen eine Krankengeschichte von fünf bis zehn Jahren ab, wie Salau erklärt. Nach Ablauf der Frist sei die BU zwar etwas teurer – je früher man sich versichert, desto günstiger –, aber immerhin hätten Antragsteller:innen dann eine neue Chance.

Allerdings mehren sich mit der Zeit die „Wehwechen“, wie Salau erklärt. Rückenschmerzen, Knieprobleme. Kein Arztbesuch darf in dem Antrag verschwiegen werden. Abgesehen von einer Ablehnung kann eine BU dann teuer werden, weil Versicherer eine Risikoprämie aufschlagen, oder die Police enthält Ausschlüsse. Dann kann man eine BU abschließen, die zum Beispiel Rück-

ckenprobleme nicht mitversichert. Obwohl gerade das der Versicherungsschutz ist, den Menschen mit Rückenleiden bräuchten.

Bei psychischen Vorerkrankungen ist vor allem die langfristige Prognose des Risikos schwierig“, heißt es vom GDV. Aktuell gebe es nahezu keine Informationen und Methoden, mit denen sich erkennen lasse, ob ein Mensch nach einer psychischen Erkrankung für 30 oder mehr Jahre geheilt sei. „Für eine belastbare Risikobewertung sind solche Informationen jedoch nicht

erhältlich.“ Die Heilungschancen für besonders häufig auftretende Leiden wie Depressionen und Angststörungen seien deutlich gestiegen. Ausschließen könne man eine neue Krankheitsphase natürlich nie – ebenso wenig wie man einen Hausbrand ausschließen könne. „Versicherungen sind ja dafür da, Risiken abzuschätzen, und dürfen nicht verlangen, dass gar kein Risiko besteht.“ Das Prüfen auf Leib und Seele ist indes nicht nur für Menschen mit psychischen Vorerkrankungen ein Problem. Nicht unbedingt mit Ablehnungen, aber dafür mit horrenden Prämien müssen all jene rechnen, mit deren Beruf erfahrungsgemäß

ein erhöhtes Gesundheitsrisiko einhergeht. Von der Physiotherapeutin bis zum Fliesenleger. „Ein 30-jähriger Versicherungsmathematiker ohne Vorerkrankungen zahlt nur 70 bis 100 Euro monatlich für eine BU, die im Leistungsfall 2000 Euro im Monat bis zum 67. Lebensjahr zahlt“, sagt Constantin Papaspyratos, Chefökonom des Bundes der Versicherer (BdV). „Eine Gerüstbauerin zahlt für den gleichen Versicherungsschutz das Sechsfache.“ In der Konsequenz könnten sich gerade die keine BU leisten, die sie besonders brauchen, so Papaspyratos.

Gibt es Alternativen für jene, die keine Berufsunfähigkeitsversicherung bekommen? Versicherungsvermittler:innen werben zwar mit einem Strauß anderer Produkte, wie der unabhängige Berater André Salau sagt. Ein Beispiel ist die Dread-Disease-Versicherung. Doch von echten Alternativen könne nicht die Rede sein. „Jedes Versicherungsprodukt hat seine Berechtigung, aber das Leistungsprofil einer BU erfüllt nur sie selbst“, sagt Salau. Wo anderes behauptet werde, ginge es schlicht darum, mit unpassenden Versicherungen Kasse zu machen. „Manche Versicherungsvermittler machen dann einen Bauchladen daraus.“

Der von Versicherern gesetzte Fehlanreiz, sich nicht oder nicht rechtzeitig behandeln zu lassen, sei geradezu absurd, kritisiert Kirsten Kappert-Gonthier, Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Gesundheitsförderung der Grünen. Er führe zu einer weiteren Stigmatisierung psychischer Erkrankungen, weshalb geprüft werden müsse, ob diese Form der Risikokalkulation zulässig sei – oder ob das Versicherungsvertragsrecht in dieser Hinsicht nicht angepasst werden müsse. „Wer krank ist, braucht adäquate Hilfen, ob für den Körper oder die Seele.“

Evas Therapie ist nun schon über vier Jahre her. Das heißt, bei manchen Versicherern rutscht die Behandlung demnächst aus der abgefragten Krankengeschichte. Vor einigen Wochen dann ein weiterer Gang zum Arzt. Fehlender Antrieb, fehlende Energie. „Winterblues“, sagt sie. „Jedes Jahr pünktlich im November.“ Der Arzt will ihr ein Mittel mit Johanniskraut verschreiben, müsste ihr dafür aber eine mittelschwere Depression diagnostizieren. Gut für sie wäre das. Aber schlecht für ihre Krankenakte.

Das Resultat, so Deister, könne auch für die Versicherer nicht zufriedenstellend sein. Denn wenn Menschen auf eine Behandlung verzichteten, um eine BU abzuschließen, steige die Wahrscheinlichkeit, dass sie später tatsächlich berufsunfähig werden. Und das werde dann auch für die Versicherungen teuer.

Die Versicherungsbranche verteidigt derweil die Gesundheitsprüfung. Anbieter müssten abschätzen können, wie viele Leistungsfälle in etwa zu erwarten seien, sagt ein Sprecher des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf Anfrage. Die Abfrage der Krankheitsgeschichte sei deshalb wichtig, um eine funktionierende Versicherung auf die Beine zu stellen.

„Bei psychischen Vorerkrankungen ist vor allem die langfristige Prognose des Risikos schwierig“, heißt es vom GDV. Aktuell gebe es nahezu keine Informationen und Methoden, mit denen sich erkennen lasse, ob ein Mensch nach einer psychischen Erkrankung für 30 oder mehr Jahre geheilt sei. „Für eine belastbare Risikobewertung sind solche Informationen jedoch nicht

Wer die Versicherung braucht, bekommt sie nicht

Dieser Darstellung widerspricht Arno Deister. „Bei vielen psychischen Erkrankungen hat sich in den letzten Jahren ganz viel bewegt.“ Die Heilungschancen für besonders häufig auftretende Leiden wie Depressionen und Angststörungen seien deutlich gestiegen. Ausschließen könne man eine neue Krankheitsphase natürlich nie – ebenso wenig wie man einen Hausbrand ausschließen könne. „Versicherungen sind ja dafür da, Risiken abzuschätzen, und dürfen nicht verlangen, dass gar kein Risiko besteht.“ Das Prüfen auf Leib und Seele ist indes nicht nur für Menschen mit psychischen Vorerkrankungen ein Problem. Nicht unbedingt mit Ablehnungen, aber dafür mit horrenden Prämien müssen all jene rechnen, mit deren Beruf erfahrungsgemäß

ein erhöhtes Gesundheitsrisiko einhergeht. Von der Physiotherapeutin bis zum Fliesenleger. „Ein 30-jähriger Versicherungsmathematiker ohne Vorerkrankungen zahlt nur 70 bis 100 Euro monatlich für eine BU, die im Leistungsfall 2000 Euro im Monat bis zum 67. Lebensjahr zahlt“, sagt Constantin Papaspyratos, Chefökonom des Bundes der Versicherer (BdV). „Eine Gerüstbauerin zahlt für den gleichen Versicherungsschutz das Sechsfache.“ In der Konsequenz könnten sich gerade die keine BU leisten, die sie besonders brauchen, so Papaspyratos.

Gibt es Alternativen für jene, die keine Berufsunfähigkeitsversicherung bekommen? Versicherungsvermittler:innen werben zwar mit einem Strauß anderer Produkte, wie der unabhängige Berater André Salau sagt. Ein Beispiel ist die Dread-Disease-Versicherung. Doch von echten Alternativen könne nicht die Rede sein. „Jedes Versicherungsprodukt hat seine Berechtigung, aber das Leistungsprofil einer BU erfüllt nur sie selbst“, sagt Salau. Wo anderes behauptet werde, ginge es schlicht darum, mit unpassenden Versicherungen Kasse zu machen. „Manche Versicherungsvermittler machen dann einen Bauchladen daraus.“

Gibt es Alternativen für jene, die keine Berufsunfähigkeitsversicherung bekommen? Versicherungsvermittler:innen werben zwar mit einem Strauß anderer Produkte, wie der unabhängige Berater André Salau sagt. Ein Beispiel ist die Dread-Disease-Versicherung. Doch von echten Alternativen könne nicht die Rede sein. „Jedes Versicherungsprodukt hat seine Berechtigung, aber das Leistungsprofil einer BU erfüllt nur sie selbst“, sagt Salau. Wo anderes behauptet werde, ginge es schlicht darum, mit unpassenden Versicherungen Kasse zu machen. „Manche Versicherungsvermittler machen dann einen Bauchladen daraus.“

Der von Versicherern gesetzte Fehlanreiz, sich nicht oder nicht rechtzeitig behandeln zu lassen, sei geradezu absurd, kritisiert Kirsten Kappert-Gonthier, Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Gesundheitsförderung der Grünen. Er führe zu einer weiteren Stigmatisierung psychischer Erkrankungen, weshalb geprüft werden müsse, ob diese Form der Risikokalkulation zulässig sei – oder ob das Versicherungsvertragsrecht in dieser Hinsicht nicht angepasst werden müsse. „Wer krank ist, braucht adäquate Hilfen, ob für den Körper oder die Seele.“

Evas Therapie ist nun schon über vier Jahre her. Das heißt, bei manchen Versicherern rutscht die Behandlung demnächst aus der abgefragten Krankengeschichte. Vor einigen Wochen dann ein weiterer Gang zum Arzt. Fehlender Antrieb, fehlende Energie. „Winterblues“, sagt sie. „Jedes Jahr pünktlich im November.“ Der Arzt will ihr ein Mittel mit Johanniskraut verschreiben, müsste ihr dafür aber eine mittelschwere Depression diagnostizieren. Gut für sie wäre das. Aber schlecht für ihre Krankenakte.

Das Resultat, so Deister, könne auch für die Versicherer nicht zufriedenstellend sein. Denn wenn Menschen auf eine Behandlung verzichteten, um eine BU abzuschließen, steige die Wahrscheinlichkeit, dass sie später tatsächlich berufsunfähig werden. Und das werde dann auch für die Versicherungen teuer.

Die Versicherungsbranche verteidigt derweil die Gesundheitsprüfung. Anbieter müssten abschätzen können, wie viele Leistungsfälle in etwa zu erwarten seien, sagt ein Sprecher des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf Anfrage. Die Abfrage der Krankheitsgeschichte sei deshalb wichtig, um eine funktionierende Versicherung auf die Beine zu stellen.

Bei psychischen Vorerkrankungen ist vor allem die langfristige Prognose des Risikos schwierig“, heißt es vom GDV. Aktuell gebe es nahezu keine Informationen und Methoden, mit denen sich erkennen lasse, ob ein Mensch nach einer psychischen Erkrankung für 30 oder mehr Jahre geheilt sei. „Für eine belastbare Risikobewertung sind solche Informationen jedoch nicht

erhältlich.“ Die Heilungschancen für besonders häufig auftretende Leiden wie Depressionen und Angststörungen seien deutlich gestiegen. Ausschließen könne man eine neue Krankheitsphase natürlich nie – ebenso wenig wie man einen Hausbrand ausschließen könne. „Versicherungen sind ja dafür da, Risiken abzuschätzen, und dürfen nicht verlangen, dass gar kein Risiko besteht.“ Das Prüfen auf Leib und Seele ist indes nicht nur für Menschen mit psychischen Vorerkrankungen ein Problem. Nicht unbedingt mit Ablehnungen, aber dafür mit horrenden Prämien müssen all jene rechnen, mit deren Beruf erfahrungsgemäß

ein erhöhtes Gesundheitsrisiko einhergeht. Von der Physiotherapeutin bis zum Fliesenleger. „Ein 30-jähriger Versicherungsmathematiker ohne Vorerkrankungen zahlt nur 70 bis 100 Euro monatlich für eine BU, die im Leistungsfall 2000 Euro im Monat bis zum 67. Lebensjahr zahlt“, sagt Constantin Papaspyratos, Chefökonom des Bundes der Versicherer (BdV). „Eine Gerüstbauerin zahlt für den gleichen Versicherungsschutz das Sechsfache.“ In der Konsequenz könnten sich gerade die keine BU leisten, die sie besonders brauchen, so Papaspyratos.

Gibt es Alternativen für jene, die keine Berufsunfähigkeitsversicherung bekommen? Versicherungsvermittler:innen werben zwar mit einem Strauß anderer Produkte, wie der unabhängige Berater André Salau sagt. Ein Beispiel ist die Dread-Disease-Versicherung. Doch von echten Alternativen könne nicht die Rede sein. „Jedes Versicherungsprodukt hat seine Berechtigung, aber das Leistungsprofil einer BU erfüllt nur sie selbst“, sagt Salau. Wo anderes behauptet werde, ginge es schlicht darum, mit unpassenden Versicherungen Kasse zu machen. „Manche Versicherungsvermittler machen dann einen Bauchladen daraus.“

Gibt es Alternativen für jene, die keine Berufsunfähigkeitsversicherung bekommen? Versicherungsvermittler:innen werben zwar mit einem Strauß anderer Produkte, wie der unabhängige Berater André Salau sagt. Ein Beispiel ist die Dread-Disease-Versicherung. Doch von echten Alternativen könne nicht die Rede sein. „Jedes Versicherungsprodukt hat seine Berechtigung, aber das Leistungsprofil einer BU erfüllt nur sie selbst“, sagt Salau. Wo anderes behauptet werde, ginge es schlicht darum, mit unpassenden Versicherungen Kasse zu machen. „Manche Versicherungsvermittler machen dann einen Bauchladen daraus.“

Appdate

Auf Platz eins der App-Charts steht in dieser Woche die Ausweis-App – ich vermute: weil Studierende sie brauchen, um sich die Energiepreispause zu sichern. Auf Platz zwei folgt Dezor, ein Browser, der mit eingebautem VPN und Werbeblocker sowie Geschwindigkeit durch Minimalismus wirbt. Das ist an sich eine gute Idee, allerdings ist unklar, welches VPN und welcher Werbeblocker genutzt werden. Da Dezor kostenlos ist, vermute ich, dass beide Programme mit Nutzerdaten statt Geld gezahlt werden. Viel bedenklicher ist allerdings der eigentliche Grund, warum Dezor so beliebt ist: Vermeintlich ermöglicht der Browser in Verbindung mit entsprechenden Webseiten das nicht nachverfolgbare Streamen von Filmen und Serien, die eigentlich nur auf Bezahlportalen verfügbar sind. Das ist und bleibt illegal. <https://www.dezor.net>

Victoria Wenzelmann, Mitgründerin des GIG-Netzwerks, scannt für die FR das Netz.

KOPF ODER ZAHL



BAO FAN

Der chinesische Milliardär und Chef der Investmentbank China Renaissance, Bao Fan, wird vermisst. „Das Unternehmen war nicht in der Lage, Herrn Bao zu kontaktieren“, hieß es am Freitag in einer Mitteilung an die Hongkonger Börse. Nähere Angaben zu dem Verschwinden des einflussreichen Geschäftsmannes machte die Bank nicht. Der Kurs der Bankaktie fiel daraufhin um bis zu 30 Prozent.

Der 52-jährige Bao hat mit seiner Bank zu der Gründung einer Reihe von Internet-Startups in China beigetragen, darunter die führende E-Commerce-Firma JD.com. Laut „Caixin“ wurde im September „China Renaissance“-Präsident Cong Lin in Gewahrsam genommen. [afp/Bild: Imago Images](https://www.dezor.net)

Grüne Wette Sun Power

Peter Faricy, CEO von Sun Power, hat allen Grund zu strahlen, als er am vergangenen Mittwoch die Zahlen des zurückliegenden Geschäftsjahres verkündet: Rund 1,7 Milliarden Dollar setzte der US-amerikanische Solarinstallateur um. Das waren knapp 53 Prozent mehr als noch 2021. Wegen der hohen Energiepreise entschlossen sich viele Menschen und Unternehmen, eine Photovoltaikanlage auf dem Hausdach zu errichten. Davon profitierte das 1985 gegründete Sun Power. Mit rund 83.000 neuen Kunden gelang der Sprung zurück in die Gewinnzone. Inzwischen ist die Technik der Firma in den USA auf einer halben Million Dächern installiert. Auch hierzulande ist Solar Power aktiv. Für die Aktien des Konzerns (WKN: A1JNM7), die auch im Nachhaltigkeitsindex GCX der Börse Hannover gelistet sind, ging es in dieser Woche um 11,6 Prozent nach oben. [sbf/Börse Seite 19 fr.de/gcx](https://www.dezor.net)

Nichts geht mehr

An den deutschen Flughäfen herrscht am Freitag gähnende Leere

Protest statt Check-in: Die meisten großen Flughäfen in Deutschland sind am Freitag durch einen Warnstreik weitgehend lahmgelegt worden. Am größten deutschen Flughafen in Frankfurt demonstrieren Beschäftigte im Terminal 1. Nur ganz vereinzelt waren dort Passagier:innen aufgetaucht, die zu spät von dem Warnstreik erfahren hatten. Die Gewerkschaft Verdi hatte zum ganztägigen Ausstand aufgerufen. Betroffen waren auch München, Hannover, Stuttgart, Bremen, Hamburg und Dortmund. Verdi drohte im laufenden Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes auch mit Warnstreiks bei der Müllabfuhr, in Krankenhäusern oder Ordnungsämtern.

Auch an nicht bestreikten Flughäfen wie Berlin kam es teilweise zu Einschränkungen. Verdi sprach von einem sehr erfolgreichen Anlauf des Warnstreiks. Nach Schätzungen des Flughafenverbandes ADV waren knapp 300.000 Passagier:innen von gut 2340 Flugausfällen betroffen.

Mit dem Ausstand wollen die Beschäftigten ihren Forderungen im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen Nachdruck verleihen. „Wenn sich jetzt nichts tut bei der Vergütung, dann wird uns allen wieder ein Chaos-Sommer bevorstehen – und das müssen wir dringend verhindern“, sagte Verdi-Vize Christine Behle im RBB-Inforadio.

Die Lufthansa will den Warnstreik möglichst schnell hinter sich lassen. „Wir starten am Samstag sofort wieder in den Regelbetrieb“, sagte ein Sprecher. Am Freitag musste die größte deutsche Fluggesellschaft rund 1300 Flüge absagen – nachdem sie gerade erst eine von einem Bagger verursachte IT-Störung vom Mitt-



Beschäftigte des Flughafens Hamburg hängen Plakate auf.

DPA

woch überwunden hatte. Verdi-Chef Frank Werneke drohte vor der nächsten Verhandlungsrunde in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“: „Die nächsten Streiks haben eine andere Dimension.“ Sollten die Arbeitgeber in der nächsten Woche ein wirklich gutes Angebot vorlegen, könne man sich aber schnell einigen, betonte Werneke. Andernfalls seien die aktuellen Warnstreiks nur ein Vorgeschmack.

Verdi und der Beamtenbund DBB fordern 10,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 500 Euro mehr für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen. Ein Angebot der Arbeitgeber liegt bisher nicht vor. Neben dem öffentlichen Dienst gibt es teils örtliche Tarifverhandlungen für die Bodenverkehrsdienste sowie eine bundesweite Tarifrunde für die Luftsicherheit.

Aus dem Mittelstand kommt scharfe Kritik an der Gewerkschaft. „Es ist nicht hinnehmbar,

dass Verdi seine Tarifforderungen auf dem Rücken der gesamten deutschen Wirtschaft auslebt“, sagte der Chef des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, Markus Jerger.

Neben den Flughäfen wurde am Freitag in unterschiedlichen Regionen auch andere Infrastruktur bestreikt. So sind in Mainz und Neuwied unter anderem die Müllabfuhr und die Straßenreinigung am Freitag und Samstag aufgerufen, die Arbeit niederzuliegen. In Frankfurt gingen die Beschäftigten des Energieversorgers Mainova, der Stadtreinigung, der Städtischen Bühnen und der Agentur für Arbeit in den Ausstand. Auch soziale Einrichtungen wie Kindergärten sowie Teile des öffentlichen Nahverkehrs waren zum Streik aufgerufen.

Die Deutsche Bahn verzichtete am Freitag nach eigenen Angaben aber nur ein leicht erhöhtes Fahrgastaufkommen. [dpa](https://www.dezor.net)
Kommentar Seite 13
Lokalberichterstattung